



Die Endlagersuche gelingt nur mit umfassender Bürger*innenbeteiligung

Stefan Wenzel berichtet von seinen Erfahrungen im „Endlagersuchprozess“

Mit dem Ausschluss des ehemaligen Salzbergwerks Gorleben hat die neue Endlagersuche gezeigt, dass sie wissenschaftsbasierten Kriterien folgt. Entscheidungen nach politischem Gutdünken sind Geschichte. Insofern war die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete auch ein Beitrag zur Vertrauensbildung. Die Fachkonferenz Teilgebiete als erstes großes Format der Beteiligung hat Neuland betreten und auch Maßstäbe gesetzt. In vier umfangreichen Terminen und zahlreichen Videokonferenzen, teilweise hybrid, diskutierten Bürger:innen, Kommunen, Umweltverbände und Wissenschaftler:innen die Ergebnisse des Zwischenberichts und brachten Kritik und Verbesserungsvorschläge ein – selbstorganisiert, aber mit organisatorischer Unterstützung des Bundesamts.

Das bedeutet allerdings nicht, dass alles rund läuft. Die Endlagersuche ist Neuland, ein nie dagewesener Prozess. Weder sind Vorbilder noch Blaupausen für den langen Zeithorizont, das komplexe Vorhaben und nicht zuletzt die umfangreiche Beteiligung der Bürger:innen vorhanden. Die grobe Richtung - mit klaren Prinzipien und Kriterien - gibt das 2017 parteiübergreifend überarbeitete Standortauswahlgesetz vor. Die darin festgehaltenen Prinzipien partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend sollen das Verfahren prägen. Besonders die Attribute selbsthinterfragend und lernend müssen den Prozess kontinuierlich begleiten, bei allen Beteiligten. Weder das für die Aufsicht und die Bürgerbeteiligung zuständige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), noch die ausführende Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) oder die Bürger:innen, kommunalen Vertreter:innen und Umweltverbände können sich dem entziehen. In Atomfragen war es in der Vergangenheit üblich, gegeneinander zu arbeiten. Über Jahrzehnte hat diese Frage die Gesellschaft gespalten. Heute stehen Gegner:innen und Befürworter:innen der Atomkraft vor einer gemeinsamen Herausforderung. In Deutschland wurde hochradioaktiver Müll produziert, der für sehr, sehr lange Zeit sicher gelagert werden muss. Dafür müssen Behörden wie Gesellschaft Verantwortung übernehmen und sich

an der aktiven und konstruktiven Suche nach Lösungen für die Abwicklung der Atomkraft beteiligen.

Starke Beteiligung als Voraussetzung

In den vergangenen Monaten stand die Frage im Raum, wie die erfolgreiche Beteiligung nach der Fachkonferenz weitergeführt werden kann. Denn die Mitglieder der Endlagerkommission, die von 2014 bis 2016 den Weg der neuen Endlagersuche aushandelten, gingen von einem größeren ersten Schritt aus, den die Fachkonferenz beurteilen sollte. Der Zwischenbericht beließ jedoch für viele überraschend 54 Prozent der bundesdeutschen Landesfläche im Verfahren. Die weitere Eingrenzung auf deutlich kleinere Flächen wird die BGE im zweiten Schritt in den kommenden Jahren vorschlagen. Die am Ende gefundenen Standortregionen sollen dann mit oberirdischen Methoden genauer untersucht werden.

Für den nun anstehenden Weg zu möglichen Standortregionen sieht das Gesetz jedoch keine explizite Beteiligung der Bürger:innen vor. Um die Arbeit der BGE adäquat zu begleiten und kritisch zu beleuchten, mussten sich daher alle Akteure auf ein geeignetes Format einigen.

Die Fachkonferenz Teilgebiete hatte sich bereits früh mit der Frage der kontinuierlichen Beteiligung der Öffentlichkeit befasst und Beschlüsse gefasst. Das zu-



Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG)

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE):

zentrale Fachbehörde, Regulierungs-,
Genehmigungs- und Aufsichtsaufgaben

www.base.bund.de

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE):

Standortauswahlverfahren umsetzen, Betreiber der Schachtanlage
Asse II, der Endlagers Konrad und Morsleben, und des Bergwerks
Gorleben.

www.bge.de/de

ständige Bundesamt legte im Anschluss einen eigenen Vorschlag vor. Nach etlichen Videokonferenzen, zwei Workshop-Terminen und unter Beteiligung des Partizipationsbeauftragten am Nationalen Begleitgremium ist nun ein Konzept entstanden, das den Vorschlägen der Fachkonferenz ähnelt: Ein Fachforum, offen für alle Interessierten, soll mindestens einmal im Jahr für mehrere Tage zusammen kommen, um über die Arbeitsschritte der BGE zu informieren, darüber zu diskutieren und kritisch zu hinterfragen. Die Ergebnisse soll die BGE bei der weiteren Arbeit berücksichtigen. Darüber hinaus wird eine Beratungs- und Planungsgruppe die Arbeit der BGE engmaschig über das ganze Jahr hinweg begleiten sowie die Fachkonferenz inhaltlich wie organisatorisch vorbereiten. Die Gruppe besteht aus zehn gewählten Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und je zwei Vertreter:innen des BASE und der BGE. Durch das Konzept wurde die erfolgreiche Selbstorganisation der Fachkonferenz erhalten. Gleichzeitig soll das Format kein starres Konzept sein, sondern kooperativ stetig weiterentwickelt und verbessert werden. Die Beratungs- und Planungsgruppe hat bereits ihre Arbeit aufgenommen, das Fachforum soll erstmals im Frühjahr zusammen kommen.

Methodenentwicklung als Herausforderung

Die für die weitere Eingrenzung entscheidende Methode soll Ende März der Öffentlichkeit vorgestellt und für zwei Monate in einer Online-Konsultation diskutiert werden. Im September präsentiert die BGE einen Arbeitsstand zu den ebenfalls maßgeblichen Methoden für die Anwendung der planungswissenschaftlichen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien.

Damit wird ein weiterer Schritt auf dem Weg zu den Standortregionen gegangen. Weitere Anpassungen auf dem Weg dorthin werden allerdings kaum vermeidbar sein und sind sogar wünschenswert. Denn ein selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren ist Teil des Prozesses. Die anderen Prinzipien dürfen dabei nicht in den Hintergrund rücken: Die Endlagersuche hat nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn sie wissenschaftsbasiert, transparent und partizipativ abläuft.

*Dieser Artikel wurde von Stefan Wenzel
(Bundestagsabgeordneter von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
im Wahlkreis Cuxhaven/Stade II) verfasst*

Ein frauenOrt in Niedersachsen:

Marianne Fritzen

Lüchow

Wegbereiterin des gewaltfreien Widerstands im Wendland

*** 1924 Saarbrücken † 2016 Lüchow/Kolborn**

Marianne Fritzen vereinte Souveränität in der fachlichen Auseinandersetzung mit Offenheit und Fähigkeit zum Dialog. Die fünffache Mutter war Anfang 50, als ihr politisches Engagement gegen das Atomendlager in Gorleben begann. Sie bildete sich zur Expertin in Fragen der Atomenergie, übernahm als Erste den Vorsitz der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) und gründete später u.a. das Gorleben Archiv. Sie steht für den gewaltfreien Widerstand und ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Atomkraft und ist ein Beispiel für viele Frauen, die diese Protestbewegung maßgeblich geprägt haben. Die Aktivistin blieb ihren Überzeugungen stets treu, scheute keine Auseinandersetzung oder Form des zivilen Ungehorsams. 2020 wurde der Salzstock in Gorleben nach über 43 Jahren Widerstand als Endlager für ungeeignet erklärt.

Weitere Informationen: frauenorte-niedersachsen.de

Jochen Stay

verbunden mit dem Kampf gegen die Atomkraft und verbunden mit ausgestrahlt.de – ist am 15. Januar gestorben. Er hat sich leidenschaftlich und konsequent für den Atomausstieg eingesetzt. Er war immer präsent und eine wichtige Stütze der Anti-Atomkraftbewegung.

www.ausgestrahlt.de/jochen/